
DER HAUPTFEIND EINES JEDEN-VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE !
(Karl Liebknecht)

D E R S P A R T A K I S T

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

August 1955

Nr. 90

Preis S 2.-

I N H A L T : Nach der Genfer Konferenz
Die Frage des neuen Heeres (Von F.Jost) S. 3
Erklärung des Internationalen Sekretariats
der IV.Internationale zu den sowjetisch-
jugoslawischen Verhandlungen in Belgrad S. 14

N a c h d e r G e n f e r K o n f e r e n z

Die Genfer Konferenz der "Großen Vier" stellte den bisherigen Gipfelpunkt der gesteigerten diplomatischen Aktivität dar, die nach dem Tod Stalins eingesetzt hat.

Was hat sie an wirklichen Resultaten erbracht?

Noch bevor die Konferenz begann, minderten die Imperialisten ihre Bedeutung herab. Dulles erhob provokatorisch die Fragen der "Befreiung" der Glacisstaaten sowie die Frage der "Wühlarbeit des Kommunismus". Beide Fragen brachte Eisenhower bei Eröffnung der Konferenz auch zur Sprache. Schließlich veranstalteten die Imperialisten knapp vor Beginn der Konferenz Atommanöver in Westdeutschland und in den USA.

Dieser Auftakt zur Konferenz kündigte an, daß die Imperialisten, voran USA, nicht daran denken, die "Politik der Stärke" aufzugeben. Sie können sie nicht aufgeben, ohne sich nicht selbst aufzugeben. Ihre Krönung ist die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und dessen Eingliederung in die NATO. An diesem Hauptziel in Europa halten die Imperialisten, wie Genf gezeigt hat, unverändert fest. Sie müssen daran festhalten, wenn sie nicht den kapitalistischen Teil Europas praktisch preisgeben wollen. Auch eine Neutralisierung des geeinigten Deutschland ist für sie unannehmbar.

Als der Kreml erkannte, daß seine Ziele, nämlich die Auflösung der NATO, die Verhinderung der deutschen Wiederbewaff-

nung und die Neutralisierung eines geeinigten Deutschland, nicht zu erreichen waren, erklärte Bulganin, daß die deutsche Frage "noch nicht reif" zur Lösung sei. Der Kreml seinerseits machte in der deutschen Frage keinerlei Zugeständnisse, wie von den Imperialisten erwartet worden war. Die Moskauer Politik wird nun versuchen, anläßlich des Besuches Adenauers die deutsche Bourgeoisie zu einer Änderung ihrer Orientierung zu bringen. Ein vergeblicher Versuch.

Als sich in Genf zeigte, daß in der Hauptfrage, nämlich in der deutschen Frage, keine Annäherung möglich ist, weil weder der Imperialismus noch der Kreml vor oder zurück können, war damit auch über die anderen Fragen entschieden. Eisenhowers Bluff mit einer gegenseitigen Luftkontrolle und einem Austausch der Pläne sollte nur von der Frage des Verbots der Atomwaffen und der Frage der USA-Stützpunkte ablenken.

So hat die Genfer Konferenz neuerlich bewiesen, daß es keine Basis für ein umfassendes und dauerhaftes Kompromiß zwischen den beiden Lagern gibt. Dabei wurden die Fragen des Fernen Osten gar nicht berührt! Die grundlegenden Gegensätze bleiben daher unverändert bestehen. Der Imperialismus hofft sie durch den Krieg, den er nach wie vor vorbereitet, beseitigen zu können.

Trotz dieser Lage der Dinge hat es aber in Genf eine "Entspannung" gegeben. Es wäre falsch, das zu übersehen. Sie besteht natürlich nicht in den Höflichkeitsgesten, den freundlichen Tönen oder in dem "neuen Geist der Zusammenarbeit", den die stalinistische Presse zu entdecken glaubt.

"Die "Entspannung" besteht einfach darin, daß für längere Zeit der Imperialismus nicht unmittelbar zum Krieg zu greifen gezwungen ist, daß also die akute Kriegsgefahr neuerlich für eine längere Zeit hinausgeschoben erscheint. In diesem Zeitraum werden die beiden Lager auf der diplomatischen Ebene manövrieren, Teilkompromisse zu erreichen suchen und da und dort Waffenstillstände für einige Zeit vereinbaren. Das scheint sich auch für den Fernen Osten durch die bevorstehenden Botschafterkonferenzen USA-China abzuzeichnen.

Was dem Imperialismus diesen neuen Aufschub ermöglicht, das ist in erster Linie die wirtschaftliche Konjunktur, die seit fast zwei Jahren in Europa herrscht und in letzter Zeit in einzelnen Ländern sich zur Hochkonjunktur gesteigert hat. Die europäische Konjunktur wirkt jetzt auf die USA hinüber, wo seit dem letzten Herbst ebenfalls ein Aufschwung zu beobachten ist.

Als weitere Umstände, die dem Imperialismus ein Hinausschieben des Krieges nahelegen, kommen die 1956 fällige Präsidentenwahl in den USA und die erst anlaufende Wiederbewaffnung Westdeutschlands in Frage.

Andererseits gibt es auf der Seite des Kreml Faktoren, die ihn veranlassen, immer neue Zeitgewinne zu suchen. Das sind in erster Linie die anhaltende Agrarkrise und der wachsende Druck, den die sowjetischen Massen und die koloniale Revolution auf die Bürokratie ausüben. Der Kreml sucht daher Zeit zu gewinnen und den status quo aufrechtzuerhalten. Da sich an Genf eine ganze Serie von Konferenzen anschließen soll, bedeutet dieses Konferenzergebnis einen gewissen Erfolg für ihn. Im übrigen hat Genf neuerlich gezeigt, daß das internationale Kräfteverhältnis immer noch günstig für das Lager der Revolution in allen ihren Formen ist.

Den neuerlichen Fristgewinn, den die Genfer Konferenz gebracht hat, müssen wir zur Steigerung unserer revolutionären Tätigkeit nutzen. Nur so können wir helfen, daß der ausbrechende imperialistische Krieg rasch in den Bürgerkrieg gegen den Imperialismus umschlägt. Nur durch diese Tätigkeit können wir zur neuen revolutionären Partei gelangen, die allein imstande ist, diesen Bürgerkrieg mit dem proletarischen Sieg zu beenden, der auch das Ende der Herrschaft der Kremlbürokratie bedeuten wird.

— o — o — o —

F. J o s t

D I E F R A G E D E S N E U E N H E E R E S

Am 22. Juni, knapp fünf Wochen nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages, beschloß das Parlament bereits das Heereskompetenzgesetz. Das neue Wehrgesetz, vom Ministerrat genehmigt, wird in den kommenden Wochen vom Ausschuß beraten und soll in einer außerordentlichen Session im September beschlossen werden. Die Frage des neuen Heeres ist damit ins Zentrum aller Fragen gerückt, was ihrer Bedeutung im Klassenkampf durchaus entspricht.

Die Bourgeoisie beeilt sich

Die Bourgeoisie zeigt bei der Schaffung des neuen Heeres große Eile. Das neue Heer bedeutet eine entscheidende Verstärkung ihres Machtapparats. Als verlässliches kapitalistisches Machtinstrument soll es ihr ermöglichen, eine grundlegende Verschiebung des heutigen Kräfteverhältnisses zur Arbeiterklasse zu ihren Gunsten herbeizuführen. Die besondere Eile der Bourgeoisie entspringt der Befürchtung, dieses Kräfteverhältnis könnte sich noch zeigen, bevor das Heer errichtet ist. Deshalb auch die eilige Aufstellung der "B-Gendarmerie" als erste Heereseinheit, bevor noch das Wehrgesetz überhaupt beraten und beschlossen ist!

Die Bourgeoisie ist sich auch bewußt, daß sie den Staatsvertrag einer bestimmten weltpolitischen Konstellation verdankt, die sich jah ändern kann. Wie lange sie bei dem Kurs der "permanenten Neutralität" verbleiben kann, bleibt offen. Letzten Endes bleibt sie mit dem imperialistischen Lager verbunden,+) eines neuen Heeres. Nicht so sehr dadurch, daß das neue Heer nach außen verwendet wird, denn seine militärische Bedeutung in dieser Hinsicht ist praktisch Null. Vielmehr dadurch, daß es zur Verhinderung einer sogenannten "inneren Aggression", wie sie der Atlantikpakt bezeichnet, verwendet wird! Darunter wird nämlich eine das kapitalistische Regime bedrohende Aktion der Arbeiterklasse verstanden! Zur Niederhaltung und Niederwerfung der Arbeiterklasse wird also in allererster Linie das neue Heer dienen - und damit auch den NATO-Zielen. Übrigens hat Figl die wahre Rolle eines neuen österreichischen Heeres vor Jahren schon offen aufgezeigt: es wird gegen den "inneren Feind", d.h. gegen die Arbeiterklasse, gerichtet sein, sagte er.

Die kaum nennenswerten Differenzen innerhalb der Bourgeoisie sind taktischer Natur. Teile der Bourgeoisie wollen angesichts

+) fehlende Zeile: trotz aller "Neutralität". Diesem Lager dient sie auch mit der Schaffung

der herrschenden Konjunktur keine Arbeitskräfte verlieren; sie treten daher für eine kurze Dienstzeit oder für ein Söldnerheer ein, das ihnen auch klassenmäßig verlässlicher erscheint.

Das entscheidende Wort spricht aber die Großbourgeoisie, deren Mann Raab ist. Sie tritt für eine längere Dienstzeit ein, um die jungen Soldaten besser drillen zu können. Sie ist auch für die allgemeine Wehrpflicht, weil sie dadurch mehr Arbeitslose im Heer unterbringen kann und überdies den NATO-Zielen besser dient. Dem Gedanken eines Söldnerheeres sucht das neue Wehrgesetz durch eine Kombination von Wehrpflichtigenheer und "Freiwilligen"-Heer Rechnung zu tragen.

Der neofaschistische VDU tritt für ein klassenmäßig verlässliches und gegen die Arbeiterklasse verwendbares Heer ein. Was ÖVP und SPÖ auspackeln, scheint ihm eine Schwächung dieser Rolle des neuen Heeres zu sein, weshalb er z.B. gegen das Heereskompetenzgesetz stimmte. Seine Hauptsorge gilt der Unterbringung der Nazioffiziere im neuen Heer.

Die Haltung der SPÖ

Von Anfang an ist die SP-Führung grundsätzlich für die Schaffung eines neuen Heeres eingetreten. Ausdrücklich anerkennt sie die "Notwendigkeit der Landesverteidigung". Ihren alten Begründungen, wie "Schutz der Republik", "Verteidigung der Demokratie", "Verteidigung unserer Grenzen", usw. fügt sie jetzt hinzu den "Schutz der Neutralität". In grundsätzlicher Hinsicht ist die SP-Führung mit der Bourgeoisie also eines Sinnes; sie übernimmt nur die Aufgabe, die Arbeiterklasse für das kapitalistische Heer einzuspannen. Worum sich die reformistische Bürokratie sorgt, das ist der "Einfluß", den sie sich im neuen Heer sichern will. Sie befürchtet mit Recht, daß die Raab & Co durch die Schaffung der neuen Heeres derart an Macht gewinnen, daß sie sie morgen an die Wand drücken oder gar auf sie verzichten könnten. Das ist die größte Sorge der SP. Dem soll nun ihr "Einfluß im Heer" entgegenwirken. Sie braucht aber auch den Arbeitern gegenüber einige Augenauswischereien, um sie besser für das kapitalistische Heer einspannen zu können. Die Bourgeoisie widersetzt sich aber ernsthaften Konzessionen, denn sie will das neue Heer fest in der Hand haben. Sie drückt daher auf die SP-Führung.

Diese ist gleichzeitig dem Druck der Massen ausgesetzt, einem Druck, der sich gerade in der Heeresfrage als sehr kräftig erwiesen hat und die Bürokratie zu einigen Manövern gezwungen hat. Sie mußte sich z.B. gleich anfangs für ein "milizartiges Heer" mit "möglichst kurzer Dienstzeit" aussprechen.

Dieser Forderung fügte sie dann noch die Forderungen nach einem Heer auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht, nach einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle, nach den vollen politischen Rechten der Soldaten, nach Sicherung des Arbeitsplatzes und der sozialen Rechte des Eingerückten usw. hinzu. Diese Forderungen hat auch der Parteirat, den die Führung, um dem Massen- druck entgegenzukommen, für Ende Juni einberief, bestätigt, ohne sich jedoch neuerlich auf die Forderung nach dem "milizartigen Charakter" des neuen Heeres besonders festzulegen.

Es ist wohl müßig, die reformistischen Illusionen nachzuweisen, die sich hinter den einzelnen SP-Forderungen verbergen. Die grundlegende Forderung nach einem "milizartigen Heer" hat die Bourgeoisie, wie der Wehrgesetzentwurf bereits zeigt, abgelehnt. Die SP-Führung ist sogar bereit, die Kombination zwischen einem Heer auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht und einem "Freiwilligen-Heer", das heißt einer Art Söldnerheer innerhalb des Heeres, zu schlucken! Was die anderen Forderungen betrifft, so werden wir noch auf sie zurückkommen.

Innerhalb der SP-Führung ist es besonders die Clique der Pollak, Helmer, Czernatz usw., die durch die Schaffung eines neuen Heeres den Schlag, den ihr die Unterzeichnung des Staatsvertrages versetzt hat, wettmachen will. Die imperialistische "Politik der Stärke" soll - trotz aller "Neutralität" - unter den neuen Bedingungen in neuen Formen fortgesetzt werden. Eindeutig richtet sie nach wie vor ihre Angriffe gegen die UdSSR und ihr Lager, wie z.B. ein gewisser Normann im Juni-Heft der "Zukunft", der schreibt:

"Das österreichische Heer wird im Ernstfall die bittere Pflicht haben, eine Rückzugsschlacht mit nichts als Blut, Schweiß und Tränen zu liefern, noch in versprengten Gruppen weiterzukämpfen und den Kern eines Partisanenwiderstandes zu bilden."

Der "Angreifer" ist für die Normann & Co natürlich die UdSSR, wie aus dem weiteren Text hervorgeht. Dieser Seelenerguß zeigt aber auch, wofür die SP-Führung die Arbeiter mißbrauchen will. Die Pollak-Clique - sie stellt jenen Flügel des Reformismus dar, der bereit ist, mit dem USA-Imperialismus bis ans Ende zu gehen - liefert auch die lügenhaften "Argumente" von der Art, daß der Staatsvertrag ein Österreich zur Aufstellung eines neuen Heeres verpflichte, daß die Ablehnung eines Heeres die Ratifizierung des Staatsvertrages durch die USA verhindere usw. Dieser Clique steht ein anderer Teil der SP-Bürokratie gegenüber, der sich angesichts der Eile der Bourgeoisie mit dem neuen Heer und dem Widerstand der Massen nicht ganz wohl fühlt. Er rafft sich aber zu keinem wirklichen Widerstand gegen das Vorgehen der Helmer, Pollak & Co auf.

Der Standpunkt der KPÖ

Tagelang hat die KP-Führung gezögert, bevor sie in der Heeresfrage einen klaren Standpunkt bezog. Schließlich übernahm sie die SJ-Forderung nach einer Miliz mit viermonatiger Dienstzeit. Sie erhob außerdem die Forderung nach einer Volksabstimmung zur Heeresfrage.

Warum die KP-Führung anfangs zögerte ist verständlich. Sie weiß, daß sich das neue Heer in erster Linie gegen sie und ihre Aktionen richten wird. Die breite Massenstimmung gegen jedes Heer wird der Führung wohl den Gedanken nahegelegt haben, auf diese Haltung der Massen gestützt gegen die Schaffung eines neuen Heeres überhaupt aufzutreten.

Aber das ging nicht. Nicht nur, daß dem der "österreichische Patriotismus", die "Heimatliebe" der KP widersprach. Sie konnte ebensowenig der "Verteidigung der Neutralität", die Bourgeoisie

und SP-Führung vorschoben, widersprechen, obwohl es eindeutig ist, daß die "Neutralität" einzig - gegen die UdSSR verteidigt werden soll. Es ging vor allem deshalb nicht, weil die KP nicht der Moskauer Außenpolitik entgegen handeln konnte: Der Kreml führt derzeit gegenüber Österreich eine "weiche" Politik durch. Ihm ist an der Stabilität des Regimes Raab-Schärf im Interesse der österreichischen "Neutralität" gelegen. Daher kann und darf die KP keine andere Politik in der Heeresfrage machen als die, sich grundsätzlich für ein neues Heer auszusprechen und zugleich versuchen, dieses Heer doch so zu gestalten, daß es von der Bourgeoisie nicht ohneweiters gegen die UdSSR gebraucht werden kann. Deshalb spricht sie sich für eine Miliz mit viermonatiger Dienstzeit aus.

Sie verknüpft diese Forderung mit der nach einer Volksabstimmung, weniger über das Ob als über das Wie des neuen Heeres. Die Forderung nach Neuwahlen erhebt die KP nicht, erstens, weil weder Bourgeoisie noch SP derzeit etwas von Neuwahlen wissen wollen, zweitens weil sie für die KP ein Fiasko erbringen würden.

Das Eintreten der KP für ein kapitalistisches Heer stellt denselben Verrat dar, den die SP begeht. Beider Standpunkt bedeutet letzten Endes eine Stärkung des kapitalistischen Machtapparats und ist daher Verrat an den proletarischen Interessen. Trotz aller "Neutralität" konspiriert die Bourgeoisie mit dem Imperialismus gegen die UdSSR und ihr Lager. Eine revolutionäre Partei muß daher, unabhängig davon welcher Art die jeweiligen diplomatischen Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Land und einem Arbeiterstaat auch sind, unveränderlich bei ihrer unversöhnlichen Haltung gegenüber der eigenen Bourgeoisie bleiben, sich gegen ihr kapitalistisches Heer wenden, eine revolutionäre Politik, ausgerichtet auf den Sturz der Bourgeoisie, im Frieden wie im Krieg, führen. Nur eine solche Politik bedeutet eine wirkliche wahrhaftige Verteidigung der UdSSR und der anderen Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus. Aber diese Politik haben die kommunistischen Parteien, mit ihnen die KPÖ, seit langem aufgegeben.

Die Haltung der Massen

Was weder Bourgeoisie noch SP-Führung erwartet haben, das war die ablehnende Haltung breiter Massen gegenüber der Schaffung eines Heeres überhaupt, eine Haltung, die weit über die Arbeiterklasse hinausreicht. In dieser Haltung zeigte sich zum erstenmal die Belebung, die die Massen nach dem Abschluß des Staatsvertrages ergriffen hat. Denken wir nur an die Tausende Leserzuschriften, die die Blätter aller Richtungen in den letzten acht bis zehn Wochen erhalten haben, wovon die übergroße Mehrheit sich gegen jedes Heer wendet, wie die Redaktionen zugeben müssen. Eine breite Diskussionswelle ging durch die Massen in Stadt und Land. Jugendliche Arbeiter, Studenten und Akademiker diskutierten. In den Betrieben und Büros, den Sektionen und Konferenzen der SP, auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen gab es nur ein Thema: die Heeresfrage. Selbst die Arbeiterzeitung und die "Zukunft" mußten Diskussionsartikel pro und contra ein neues Heer bringen. Die SP schätzte die Haltung der Massen sehr ernst ein, denn am 23. Juli forderte sie die Sozialisten auf, "den Mandatarern die Unterstützung nicht zu versagen".

Unter diesem Massendruck sah sich die SJ-Führung gezwungen, ein radikales Milizprogramm anzunehmen und öffentlich anzuschlagen. Diesen Druck spiegelt aber auch die jüngst erfolgte Veröffentlichung der Katholischen Jugend zur Heeresfrage wider, die Forderungen enthält, die denen der SJ nahekommen.*)

Die Massenströmung gegen die Schaffung eines neuen Heeres stellt eine der wichtigsten politischen Tatsachen der letzten Zeit dar. Besonders wir müssen erkennen, welche Bedeutung sie für die weitere Entwicklung des Bewußtseins der Massen hat. Zum erstenmal seit dem Oktober 1950 sind breite Massen in Widerspruch zur Führung der SP geraten. Auch wenn die Aktionsform diesmal nicht eine so entwickelte war, so wird gerade diesmal die Wirkung in die Tiefe um so größer sein, weil die Heeresfrage keine vorübergehende, sondern eine von nun an die Massen dauernd beschäftigende Frage ist. Darauf weist schon die Tatsache hin, daß diese Massenhaltung trotz des eiligen Vorgehens von Bourgeoisie und SP-Führung in ganzer Frische erhalten ist, wenn auch latent.

Die ablehnende Haltung der breiten Massen hat trotz der unzulänglichen Argumente und unentwickelten Aktionsformen zu Erfolgen geführt. Die Bourgeoisie konnte ihren Herrn Graf nicht durchsetzen. Sie mußte auf ein eigenes Heeresministerium, wenigstens vorläufig, verzichten. Auch die SP-Führung mußte auf die Massenstimmung Rücksicht nehmen. Wenn die Regierung durch das rasche Vorlegen des Wehrgesetzes die Massen zu entmutigen sucht, so gelingt ihr das kaum: die Massen zeigen durchaus keine Niedergeschlagenheit.

"Uns wurde nicht recht bewußt, daß die Umwälzung, die uns nach dem Staatsvertrag erwartet, den Wirkungen einer Revolution ähnelt", schreibt ein kluger bürgerlicher Journalist in der "Presse" vom 10. Juli. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Die ablehnende Haltung breiter Massen gegen ein neues Heer ist ein erstes Wetterleuchten. Die Gewitter ziehen erst heran. Sie werden das Massenbewußtsein umgestalten, das jetzt einen ersten Anstoß zur Entfaltung erhalten hat. Die Heeresfrage ist vor allem eine Frage der jungen Arbeitergeneration. Sie wird die Revolutionierung ihres Bewußtseins einleiten.

*.) Sicherlich, die gegen die Schaffung eines neuen Heeres vorgebrachten Gründe sind oft dürftig, unzulänglich und entspringen einer Ohne-mich- oder einer pazifistischen Einstellung. Nur bewußtere Arbeiter erinnern an die Rolle des alten Bundesheeres im Februar 1934 und sehen den reaktionären Charakter des neuen Heeres voraus. Ebenso stimmt es, daß es zu keinen außerparlamentarischen Aktionen gekommen ist. Aber wir stehen erst am Beginn eines tiefgehenden Prozesses, das darf nicht vergessen werden. Am Beginn herrscht bei den breiten Massen unvermeidlich Konfusion, die erst durch den Kampf und die klärende Rolle der Vorhut einer wachsenden Klarheit Platz machen wird.

Unser Standpunkt, unsere Taktik

Wir lehnen das kapitalistische Heer grundsätzlich ab, weil wir den kapitalistischen Staat, dessen Machtinstrument es ist, grundsätzlich ablehnen. Wir suchen daher das Heer der Bourgeoisie für deren Interessen unbrauchbar zu machen, revolutionär zu zersetzen. Unsere grundlegende Losung lautet: Dem kapitalistischen Heer keinen Mann und keinen Groschen! Wir lehnen ebenso die kapitalistische Landesverteidigung ab, mag sie als "Verteidigung der Demokratie", der "Neutralität", als "Schutz unserer Grenzen" usw. hingestellt werden. Unsere grundlegende Losung heißt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie! Erst wenn die Bourgeoisie gestürzt ist, werden wir zu "Landesverteidigern" (gegen den Kapitalismus). Die demokratischen Rechte der Massen können wir nur im Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie verteidigen und nur durch ihren Sturz sichern. In Richtung auf diese grundsätzlichen Anschauungen haben wir unsere Taktik in der Heeresfrage ausgerichtet.

Als Folge des letzten Krieges besitzt die österreichische Bourgeoisie kein Heer. Das bedeutet eine wesentliche Schwäche des kapitalistischen Machtapparats. Da sich eine breite Massenströmung, gegen die Schaffung eines jeden Heeres gerichtet, von Anfang an zeigte, unterstützten wir diese Strömung und versuchten, ihr eine politische Perspektive zu geben. Unsere Losung lautete: Gegen jedes kapitalistische Heer, auch gegen eine kapitalistische Miliz!

Bei dieser taktischen Stellungnahme suchten wir den Arbeitern den unvermeidlich kapitalistischen Klassencharakter des neuen Heeres und die Rolle, die die Bourgeoisie dem neuen Heer in ihren Plänen gegen die Arbeiterklasse zugeordnet hat, aufzuzeigen. Wir wendeten uns von allem auch gegen die Haltung der SP-Führung, die die Arbeiter zum "Mittun" zu gewinnen suchte, "weil sonst die ÖVP mache, was sie wolle". Wir erklärten den Arbeitern, die ÖVP könne nur solange tun was sie wolle, solange die SP ihr das erlaube, d.h. den Massenkampf unterbinde.

Wir verknüpften unseren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gegenüber dem kapitalistischen Heer, auch gegenüber einer Miliz "nach Schweizer Muster", mit der Perspektive von sofortigen Neuwahlen nach dem Abzug der Besatzungstruppen. Bei diesen sollten alle wichtigen Fragen, wie Heeresfrage, Frage der Verstaatlichung der USIA-Betriebe, Frage der Lasten des Staatsvertrages usw. vor die Massen gestellt werden. Der Wahlkampf selbst müsse mit der Perspektive einer auf die aktiven Massen gestützten sozialistischen Regierung geführt werden. Nur einer solchen Regierung sprächen wir die Fähigkeit und den Willen zu, der Entscheidung und den Wünschen des Volkes gemäß zu handeln.

Wo wir unsere grundsätzliche und taktische Stellungnahme nicht völlig vertreten konnten, versuchten wir, wenigstens in der angezeigten Richtung vorzustoßen. Grundlage unserer taktischen Schritte bildete jedoch immer die prinzipielle Ablehnung eines jeden kapitalistischen Heeres.

Allerdings mußten wir unserer Taktik eine kleine Variante hinzufügen. Die Reformisten begannen, als der Widerstand gegen das neue Heer anwuchs, zu behaupten, daß dadurch der Staatsvertrag gefährdet, der Abzug der Besatzungstruppen in Frage gestellt werde usw. Sie deuteten an, daß sich die österreichische Regierung verpflichtet habe, ein Heer aufzustellen, ja, anders sei die Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die USA nicht zu erhalten gewesen. In dieser Situation sagten wir uns, daß die für die Entfaltung des Klassenkampfes günstigere Perspektive die der Räumung des Landes selbst bei aufgezwungener Schaffung eines neuen Heeres sei. Allerdings forderten wir, daß in jedem Falle klar sichtbar werden müsse, daß es einzig der imperialistische Druck der USA sei, der die Aufstellung eines Heeres erpresse. Werde diese Bedingung nicht klar erfüllt, wenden wir uns ohne Rücksicht auf die Behauptungen der Reformisten nach wie vor gegen jedes kapitalistische Heer.

Wir können heute feststellen, daß wir kaum in die Lage gekommen sind, diese taktische Variante anzuwenden. Wir sind daher bei unserer ursprünglichen Taktik geblieben und behalten diese auch weiterhin bei. Sie ist durch nichts mehr gerechtfertigt worden als durch den Entwurf zum neuen Wehrgesetz, wie wir nachweisen werden.

Über eines müssen wir uns jedoch klar sein: bei unserem bisherigen taktischen Vorgehen konnten wir noch keinen Schritt in die Richtung unserer positiven Forderung in der Heeresfrage machen, nämlich in die Richtung unserer Forderung nach Bildung von Arbeiter und Bauernmilizen. Sicherlich haben sich in den letzten Wochen bewußtere Arbeiter unserer Losung nach Bewaffnung der Massen genähert. Damit aber diese Losung das Ohr und das Verständnis der Massen findet, sind die eigenen Erfahrungen dieser Massen nötig. Diese Erfahrungen liegen heute noch nicht vor. Aber sie kommen unausweichlich. Im gleichen Maße wird unsere Losung der Bewaffnung der Arbeiter und armen Bauern, die wir der Schaffung des kapitalistischen Heeres entgegensetzen, Boden in den Massen finden.

Das neue Wehrgesetz

Knapp vor Schluß der Parlamentstagung hat die Regierung dem Parlament das neue Wehrgesetz vorgelegt. Ursprünglich sollte es noch in der laufenden Tagung durchgepeitscht werden. Der Gegenstandsdruk der breiten Massen hat jedoch die Regierung gezwungen, davon abzugehen und für September eine außerordentliche Session anzusetzen, auf der das Wehrgesetz beschlossen werden soll. Bis dahin soll ein Ausschuß über das Gesetz beraten.

Wie sieht das neue Wehrgesetz aus? Hier soll nur das Allerwichtigste gesagt werden.

Als Zweck des Heeres wird "Schutz der Grenzen, Aufrecht der Ruhe und Ordnung im Innern sowie Hilfeleistung bei Katastrophen" angegeben. Die Bourgeoisie hat also erreicht, daß der eigentliche Zweck des Heeres, nämlich seine Verwendung gegen den "inneren Feind", also gegen die Arbeiterklasse, in das Gesetz aufgenommen wurde! Unter "Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" versteht die Bourgeoisie die Niederhaltung und Niederwerfung der Arbeiterklasse und ihrer Aktionen, die das kapitalistische Regime

in Gefahr bringen. Und dieser Verwendung des neuen Heeres stimmt die SP-Führung zu! Warum hat sie in den seit Mai laufenden Diskussionen niemals darüber ein Wort verloren? Warum hat die "AZ" über diese Verwendung des neuen Heeres niemals auch nur ein Wort geschrieben? Weil sie genau weiß, daß damit der Schwindel mit dem "Grenzschutz" usw. offenbar werden würde!

Die Bourgeoisie hat also die Verwendung des neuen Heeres als Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiterklasse im neuen Wehrgesetz gesetzlich verankern können.

Das neue Heer wird keine Spur eines Milizheeres aufweisen. Es wird auch keinen "milizartigen Charakter" haben, wie ihn der vom Parteirat bestätigte Beschluß des Parteivorstandes der SPÖ vom 13. Mai gefordert hat. Die SP-Führung hat also keinen Finger gerührt, um ihre eigenen Forderungen durchzusetzen. Ebensowenig ist eine "möglichst kurze Dienstzeit" herausgekommen. Das "Kompromiß" von neun Monaten ist ein Schwindel, denn für "Spezialausbildung" wurden jetzt schon 15 Monate festgelegt. Die Bourgeoisie wird dafür sorgen, daß es viele "Spezialtruppen" geben wird. Die nächste Novellierung des Wehrgesetzes wird dann die Waffenübungen bringen. Natürlich ermöglicht bereits eine Dienstzeit von neun Monaten der Bourgeoisie, die Eingerückten einem gehörigen materiellen und ideologischen Druck auszusetzen, um sie ihrer Klasse zu entfremden.

Mit großen Worten forderte die SP-Führung die parlamentarische Kontrolle des neuen Heeres. Herausgekommen ist eine Beschwerdekommision, bestehend aus dem Bundeskanzler und je einem Vertreter der vier Parteien. Welcher Soldat wird sich schon beschweren können? Vielleicht einmal, ein zweitesmal bestimmt nicht mehr! Auf dem Papier sieht es großartig aus. In der Wirklichkeit wird es zum Betrug. Aber wo ist die parlamentarische Kontrolle, die in jeden Winkel des neuen Heeres hineinleuchtet, die die Zustände in den Kasernen aufdeckt, die ständig auf den Füßen ist, um blitzartige Kontrollen durchzuführen? Sie ist gestorben, bevor sie noch zur Welt gekommen ist. Die SP-Führung hat damit eine der wichtigsten Forderungen, mit welcher sie viele Arbeiter beschwichtigt hat, einfach ohne jeden Kampf fallengelassen!

Die Soldatenvertreter sind nach dem Wehrgesetzentwurf bloß bedeutungslose Hilfsorgane, die gerade in den kardinalen Fragen des Dienstbetriebes, der Soldatenschindereien und der tausendfachen Schikanen, nichts zu reden haben.

Vom "Staatsbürger in Uniform" ist nichts mehr viel zu merken. Jede politische Tätigkeit ist aus der Kaserne verbannt. Die Bourgeoisie jubelt mit Recht. Sie hat ohne jeden Kampf ein "unpolitisches" Heer erhalten! In Uniform darf sich der Soldat an Versammlungen oder politischen Aktionen nicht beteiligen. Dagegen dürfen die Pfaffen ungehindert in die Kasernen. Die ÖVP wird also ihre politische Propaganda auch in den Kasernen betreiben können! Während ihrer Dienstzeit dürfen die jungen Soldaten nicht heiraten; selbst die Längerdienenden müssen bis zum 30. Lebensjahr um Heiratsbewilligung ansuchen! Bleibt das Wahlrecht. Aber die jungen Soldaten haben noch kein Wahlrecht, denn natürlich denken weder Bourgeoisie noch SP-Führung daran, ihnen, die wohl für das "Vaterland" sterben können, auch das Wahlrecht zu geben.

Die Borgeoisie hat es aber nicht nur verstanden, jede Spur eines "milizartigen" Charakters des neuen Heeres auszutilgen. Viel mehr noch: sie erhält jetzt ein Heer auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht kombiniert mit einem Söldnerheer! Die sogenannten "freiwillig Längerdienenden" mit einer Dienstzeit bis zu neun Jahren stellen nämlich in Wahrheit nichts anderes dar als ein Berufssoldatenheer. Man muß sagen: Raab und Graf haben ganze Arbeit geleistet! Sie haben auch einen "kleinen Kader von Berufsoffizieren", durchgesetzt, wie die Arbeiter-Zeitung zugibt. Nun, die Bourgeoisie wird dafür sorgen, daß er größer wird! Sie wird dafür sorgen, daß kein Arbeiter zum Offizier wird. So sieht also das "demokratische Heer" der SPÖ aus!

Wir haben nur wenige Punkte berührt. Es gibt jedoch noch viele andere, mit welchen es genau so schlimm steht. Aber was wir aufzählten, genügt wohl. Was das neue Wehrgesetz enthält, übertrifft jedenfalls das, was die entscheidendsten Gegner eines neuen Heeres in den Diskussionen seit Mitte Mai vorgebracht haben. Die Taktik der restlosen Ablehnung eines neuen kapitalistischen Heeres wird durch den Entwurf zum neuen Wehrgesetz vollauf bestätigt und gerechtfertigt. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann wird das neue Heer von Anfang an reaktionärer sein, als es seine Gegner in den Diskussionen der letzten Wochen vorausgesagt haben.

Die SP-Führung sucht ihre Kapitulation damit zu begründen, daß sie dafür die Zustimmung der ÖVP zum neuen Sozialversicherungsgesetz erhalten habe. Abgesehen davon, daß sie eine Frage wie die des neuen Heeres, also eine entscheidende Machtfrage, gleich setzt der Frage eines neuen Sozialgesetzes, muß die Frage erhoben werden: Warum hat sie nicht einen Finger gerührt, um die ÖVP in dem einen wie in dem anderen Fall zum Rückzug zu zwingen? Warum hat sie nicht zum außerparlamentarischen Kampf gegriffen? Ist dieser nur dann ein brauchbares Kampfmittel, wenn es um die Behauptung der Ministerseßel oder die Sicherung der "Zusammenarbeit" mit der ÖVP geht? Haben die Helmer & Co. im Jänner, als die ÖVP die "Zusammenarbeit" in Niederösterreich einstellen wollte, nicht Streikbeschlüsse fassen lassen, um die ÖVP "zur Vernunft" zu bringen? Ja das haben sie getan. Warum handeln sie aber nicht so in der Heeresfrage, in der Frage des neuen Sozialversicherungsgesetzes? Diese Frage muß an die SP-Führung gestellt werden. Solange sie den außerparlamentarischen Kampf gegen die ÖVP nicht aufnimmt, um sie zum Rückzug zu zwingen, solange kann von keinem "Kompromiß", sondern nur von einer Kapitulation gesprochen werden.

In der kurzen Zeit, die bis zur Septembertagung des Parlaments bleibt, müssen wir überall, wo wir mit sozialistischen Arbeitern zusammentreffen, ihnen den wahren Charakter des Entwurfes zum neuen Wehrgesetz aufzeigen und sie zum entschiedenen Widerstand auffordern. Die SP-Führung muß zur Durchsetzung ihrer eigenen ursprünglichen Forderungen in der Heeresfrage gezwungen werden. Das kann nur der Druck der sozialistischen Arbeiter auf die Bürokratie erreichen. Nur der außerparlamentarische Kampf wird die Bourgeoisie zum Nachgeben in der Heeresfrage wie in den anderen Fragen bringen. Nur seine Sprache versteht die ÖVP. Außerdem verbleibt der SP-Führung noch die Waffe der Neuwahlen. Anstatt die großen Fragen, die sich jetzt stellen, wie die Heeresfrage, die Frage der Verstaatlichung der USIA-Betriebe, der Verteilung der Lasten des Staatsvertrages usw, vor die Massen zu stellen und

einen energischen Kampf in allen diesen Fragen gegen die ÖVP zu führen, überläßt es die SP-Führung den Raab & Co., mit Neuwahlen zu drohen! Wir müssen den sozialistischen Arbeitern klar machen, daß es einzig die nachgiebige, den geringsten außerparlamentarischen Kampf meidende, auf Erhaltung der Koalition, der "Zusammenarbeit" mit der ÖVP ausgerichtete Politik der SP-Führung ist, die den Raab & Co. den Mut gibt, ihrerseits mit Neuwahlen zu drohen! Allerdings hat ihnen die Verteuerung der Straßenbahn durch den SP-Finanzreferenten in Wien eine Waffe in die Hand gespielt.

Die Bedeutung der Heeresfrage

Die grundlegende Bedeutung der Heeresfrage liegt in erster Linie in ihrem Charakter als Machtfrage. Das kapitalistische Heer stellt eine mächtige Waffe der Bourgeoisie zur Behauptung ihrer Klassenherrschaft dar, eine Waffe, die sie in kritischen Augenblicken gegen die Massen einsetzt. Das neue österreichische Heer wird als einzig wirkliche Aufgabe die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft gegen die Arbeiterklasse haben. Deshalb widmet ihm die Bourgeoisie ihre ganze Aufmerksamkeit, deshalb betreibt sie seine Schaffung mit besonderer Eile, deshalb drückt sie auf die SP-Führung, um deren ohnehin zahme Forderungen abzuweisen oder unwirksam zu machen.

Als Machtfrage wird die Heeresfrage von nun an dauernd eine wichtige Rolle im Klassenkampf spielen. Immer neue Vorstöße wird die Bourgeoisie unternehmen, um die wenigen, zumeist Papierzugeständnisse, die sie jetzt machte, zu beseitigen.

Die Heeresfrage wird aber von nun an ständig die breiten Massen erfassen. Die zum Heer eingezogenen jungen Arbeitergenerationen werden zum erstenmal dem direkten Zwang der kapitalistischen Staatsmaschine unterworfen werden, einem Zwang, der sie für die kapitalistischen Interessen verwendbar zu machen zum Ziele hat. Der bewussteste Teil dieser jungen Arbeitergenerationen wird so rascher auf den Weg des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie geführt werden.

Die SP-Führung steht in der Heeresfrage, wie die letzten drei Monate zeigen, unter einem doppelten Drucke: einerseits der Bourgeoisie, andererseits der Massen. Trotz der ablehnenden Haltung der breiten Massen gegen jedes Heer ist sie dem Druck der ÖVP gewichen. Diese verräterische Kapitulation wird ihre Folgen zeitigen.

Die Heeresfrage ist außerdem eine Frage von Milliarden Kosten, die die Bourgeoisie den Massen aufbürden will. Die SP-Führung wird vor wachsenden Schwierigkeiten stehen. Zehn Jahre Besetzung und die USA-Hilfe haben zusammen mit der Wirtschaftskonjunktur der letzten zwei Jahre die krassesten Auswirkungen des SP-Verrats hintangehalten. Das wird sich jetzt ändern. Die Reaktion der Massen in der Frage des neuen Heeres hat gezeigt, daß ein neuer anderer Wind zu wehen begonnen hat. Die Voraussetzungen für die Herausbildung eines linken Flügels in der SPÖ verbessern sich jetzt ständig.

E R K L Ä R U N G

DES INTERNATIONALEN SEKRETARIATS DER IV. INTERNATIONALE
ZU DEN SOWJETISCH-JUGOSLAWISCHEN VERHANDLUNGEN IN BELGRAD

Das Internationale Sekretariat der IV. Internationale begrüßt die Annäherung, die sich zwischen der UdSSR und Jugoslawien, zwei Arbeiterstaaten, die beide im sozialistischen Aufbau begriffen sind, vollzogen hat.

Es erinnert daran, daß die IV. Internationale innerhalb der internationalen revolutionär-marxistischen Bewegung die erste gewesen ist, die die auf Grund von irrigen theoretischen und politischen Betrachtungen, von Lügen und Verleumdungen durch die Kominform sowie durch die KP der UdSSR unter der gemeinsamen Führung Stalins und seiner Mitarbeiter erfolgte Verdammung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der jugoslawischen Regierung gebrandmarkt hat.

Es erinnert daran, daß die IV. Internationale ebenso die erste war, die die Verteidigung Jugoslawiens sowohl gegen den Imperialismus als auch gegen die Drohungen, die Blockade, die Verleumdungen der Sowjetbürokratie aufgenommen hat; sie hat internationale Hilfe und Solidarität für das proletarische Jugoslawien durch die Bewegung der Arbeitsbrigaden, durch Pressekampagnen, Kundgebungen usw. vorgeschlagen und praktisch organisiert.

Es erinnert daran, daß die IV. Internationale auch nicht gezögert hat, sich vom ersten Augenblick an gegen die Politik der jugoslawischen Führer zu wenden, als sie sich auf diplomatischem Gebiet dem Imperialismus anzunähern und unter dessen und des Kremls Druck theoretische Konzessionen zu machen begannen. Die jugoslawischen Führer haben damals ausgesprochen, daß die UdSSR aufgehört habe, ein Arbeiterstaat zu sein und dies durch die "äußerst aggressive imperialistische" Politik Stalins und seiner Schüler als gerechtfertigt erklärt.

Die Politik der IV. Internationale wird unter allen Umständen und in jedem Falle durch die grundlegende Feststellung des Klassencharakters der Erscheinungen, Situationen und vorhandenen Kräfte bestimmt.

Das internationale Sekretariat der IV. Internationale geht davon aus, daß die Art, in welcher der Konflikt zwischen der UdSSR und Jugoslawien 1948 ausbrach und sich seither entwickelte, nie und niemals den grundlegenden Interessen der internationalen Arbeiterbewegung, sondern einzig den Interessen des Imperialismus und der bürokratischen Führungen der Bewegung zum Vorteil gereichte.

Aus diesem Grunde muß die heute vor sich gehende Annäherung zwischen der UdSSR und Jugoslawien als eine dem Lager der sozialistischen Revolution günstige, dem Imperialismus ungünstige Tatsache begrüßt werden. Sie eröffnet unter den heute gegebenen konkreten Bedingungen die Möglichkeit, die Befreiung der revolutionären Bewegung vom Halseisen des

Stalinismus und von der Bürokratie zu bewerkstelligen und zu einer wahrhaft-revolutionär-marxistischen Erneuerung zu führen.

Aber damit diese Möglichkeit, die wichtigste für das ganze internationale Proletariat und die sozialistische Weltrevolution, sich wirklich erfüllt, müssen folgende grundlegende Tatsachen beachtet werden.

Chrustschew, Bulganin und Mikojan, in Belgrad "mit reiner Seele und offenem Herzen" angekommen, haben sich beeilt, die Verantwortlichkeit für den Bruch von 1948 "Berija, Abakumow und anderen", den "widerlichen Agenten des Imperialismus, die sich durch ein Doppelspiel in die Reihen der KP Rußlands eingeschlichen" hätten, aufzuladen.

Diese plumpe Entschuldigung kann heute niemand mehr täuschen. Sie zeigt nur, daß die heutigen sowjetischen Führer, die alle im Schatten Stalins groß geworden sind, es für möglich halten, die Geschichte zum zweitenmal seit 1948 zu betrügen! Sie selbst haben zusammen mit Stalin, der Kominform und allen kommunistischen Parteien der Welt während langer Jahre Jugoslawien beschuldigt, ein "faschistischer Staat" geworden zu sein, haben die Kommunistische Partei Jugoslawiens als eine "faschistische Organisation" bezeichnet und ihre Führung eine "faschistische Bande" genannt. Beinahe jede Nummer des Organs der Kominform: "Für einen dauerhaften Frieden, für eine Volksdemokratie" erschien bis zum Tage nach Stalins Tod mit dem gewohnten "antititoistischen" Artikel, der auf "wissenschaftliche, marxistische" Weise diese Einschätzungen Jugoslawiens als Staat, als Partei und als Organisation enthielt.

Es gibt beinahe keinen einzigen Führer der UdSSR, der "Volksdemokratien" und der Kommunistischen Parteien, der sich nicht mit diesen Erklärungen oder "Analysen" einverstanden erklärte. Die ersten Briefe mit den Angriffen gegen die Kommunistische Partei Jugoslawiens wurden von Stalin und Molotow unterschrieben. Die Kommunistische Partei der UdSSR und die Kominform verweigerten die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die 1948 von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gefordert wurde.

Seit wann können derart fundamentale ökonomische, soziale und politische Tatsachen, wie der Klassencharakter eines Staates oder einer politischen Organisation von einer so unfehlbaren Führung wie jener Stalins, der sowjetischen Regierung und Partei, den "Volksdemokratien", der Kominform und den Kommunistischen nicht mehr begriffen werden und somit den Machinationen einer allmächtigen Polizei zugeschrieben werden?

Ist also die Lektüre von gefälschten Polizeidokumenten und Polizeiberichten die Grundlage, nach welcher sich diese großen Führer in so grundlegenden Fragen, wie Einschätzung des Klassencharakters eines Staates und einer Partei, orientieren?

Man muß aufhören, sich darüber lustig zu machen. Man muß mit der bürokratischen Erstarrung und dem Zynismus, der glaubt, alles und jedes je nach den Umständen rechtfertigen zu können, Schluß machen. Man muß klar machen, daß sich das nicht mehr bezahlt macht!

Die wirklich bewußt Verantwortlichen für den Bruch von 1948 sind Stalin und sein Kreis. Stalin hat im Falle Jugoslawiens

dieselben Methoden angewendet, die er innerhalb der Kommunistischen der SU gegen die linken und rechten Oppositionellen sowie gegen alle politischen Gegner seiner Linie und seines Regimes innerhalb der III. Internationale angewendet hatte. Diese Methoden waren: groteskeste Deformierung der Ideen, abscheulichste Verleumdung, Drohungen und Unterdrückung bis zur physischen Vernichtung.

Ohne Einblick und ohne Verständnis für die Vergangenheit seit 1923 ist es vollkommen unmöglich, Stalins Aktion von 1948 zu verstehen. Ohne Stalin und seinem Kreis die oberste Verantwortung zuzuschreiben und ohne die Methoden der Vergangenheit zu verurteilen, ist es unmöglich, sich für den Bruch zu entschuldigen, wirkliche marxistische Selbstkritik zu üben und Aufrichtigkeit und Loyalität für die Zukunft zu beanspruchen.

Wenn man bei den "Erklärungen" Chrustschows verbleibt, so bedeutet das nichts anderes, als auf eine noch empörendere Art und Weise eine Atmosphäre der Zweideutigkeiten, der Schande und der bürokratischen Korruption, in der die stalinistische Führung groß geworden ist und gelebt hat, einzuführen. Diese Führung ist nicht die des sowjetischen Proletariats, sondern die einer bürokratischen privilegierten Kaste, die im Verlauf eines langen Kampfes innerhalb der KP der UdSSR und innerhalb der III. Internationale gegen den Trotzismus und den anderen Arbeiter-Tendenzen die politische Macht usurpiert hat.

Stalin und seine Schüler haben 1948 auf Jugoslawien und die Kommunistische Partei Jugoslawiens zugeschlagen, um den Monolithismus und den Polizeiterror, die Bedingungen ihrer bürokratischen Macht, innerhalb der von ihnen geführten Staaten und Parteien aufrecht zu erhalten.

Stalin und seine Schüler sind die einzigen Verantwortlichen für die Prozesse und Morde, die dem "titoistischen Schisma" in den anderen "Volksdemokratien" gefolgt sind: Koxe Dodge (Albanien), Kostow (Bulgarien), Rajk (Ungarn), Slansky und Clementis (Tschechoslowakei) usw. Alle diese Männer, die selber bürokratische Führer und treue Stalinisten waren, sind zugrunde gegangen, nachdem sie hauptsächlich als "Titoisten" angeklagt worden waren.

Ebenso haben einige Jahre vorher (1936-38), zur Zeit der infamen Moskauer Prozesse, andere Führer der alten Garde der Bolschewistischen Partei, Gefährten Lenins, Führer der Oktoberrevolution und der III. Internationale, Bucharin, Sinowjew, Kamenew usw. dasselbe Verfahren durchgemacht und dasselbe Ende gefunden. Ebenso wurde im August 1940 nach mehreren fehlgeschlagenen Attentaten der mit Lenin größte Kopf der sozialistischen Weltrevolution, der unsterbliche Leo Dawidowitsch Trotzki, von einem Agenten Stalins ermordet.

Mitglieder der kommunistischen Parteien der ganzen Welt und Ihr, Mitglieder der Kommunistischen Liga Jugoslawiens, werdet Ihr es akzeptieren, daß die Annäherung zwischen der UdSSR und Jugoslawien nur auf der Basis der "Erklärungen" Chrustschows auf heuchlerischen Empfängen und offiziellen Gelagen verwirklicht wird, ohne daß alle diese Opfer, alle diese Kämpfer der internationalen sozialistischen Revolution die ihnen gebührende Rehabilitierung erfahren?

Werdet Ihr noch länger eine solche Feigheit,
eine solche Schande zulassen?

Die sofortige Revision aller Prozesse, einschließlich der Moskauer Prozesse, und die Rehabilitierung aller ihrer Opfer muß gefordert werden!

An den Pranger mit Kain-Stalin und seinen bürokratischen Komplizen, die ewige Schande auf die marxistisch-revolutionäre Bewegung gebracht haben!

Die Belgrader Reise, die berechtigter Weise als Canossa-Gang der sowjetischen Führer charakterisiert wurde, soll auch das Verständnis für eine andere Wahrheit, für deren Verbreitung die IV. Internationale nicht aufhört zu kämpfen, erwecken.

Das Recht auf Kritik, auf ideologische Tendenzen und auf die Bildung von zeitweiligen Gruppierungen innerhalb der kommunistischen Parteien, muß als das einzige normale Mittel zur kollektiven Ausarbeitung der notwendigen Politik, bei freier Meinungsäußerung, wieder hergestellt werden. Nur dadurch kann der Sieg über den Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus sichergestellt werden.

Man muß bei diesem Punkte zu Marx und Lenin zurückkehren. Die Erfahrung seit 1917 hat diese Konzeption der Partei nicht wertlos gemacht, sondern verstärkt und erweitert.

Die Einheit und das erfolgreiche Wirken der revolutionär-marxistischen Avantgarde sind undenkbar ohne eine politische Organisation von solchem Typus.

Wenn der eklatante Beweis geliefert wurde, daß Moskau und der Kreml sich geirrt haben, und sogar zugeben, daß sie sich schwer geirrt haben, zumindest im Falle Jugoslawiens, so muß man vermeiden, daß sowohl ihre Fehler wie ihre jähen Wendungen in der Politik automatisch und mechanisch auf alle kommunistischen Parteien übertragen werden.

Anstelle einer internationalen Kommandostelle, die praktisch der Kreml darstellt, muß eine wirkliche kollektive internationale Führung der Kommunistischen Parteien treten, wie sie in den ersten Jahren der III. Internationale unter Lenin und Trotzky bestanden hatte.

Die Kommunistische Internationale muß wieder geschaffen werden!

Die Politik der kommunistischen Parteien, der Parteien des Proletariats muß von der Vormundschaft der Regierungen, sei es der UdSSR, Chinas, Jugoslawiens oder irgend eines anderen Arbeiterstaates, befreit werden!

Die Regierungen machen ihre Politik vermittels ihrer eigenen Formen, ihrer eigenen Methoden, ihrer eigenen Mittel und ihrer eigenen Formeln.

Die kommunistischen Parteien müssen ihre Politik vermittels ihrer eigenen Formen, ihrer eigenen Methoden und ihrer eigenen Mittel machen. Ihre Sprache, ihre Losungen, ihre Erklärungen

können nicht dieselben wie bei diplomatischen Noten einer Regierung oder wie bei Schlußkommuniqués von Staatsgesprächen sein.

Stalin hat die Politik der Parteien derjenigen der sowjetischen Regierung, ihrer Außenpolitik, die in Wirklichkeit auf dem status quo mit dem Imperialismus basiert, untergeordnet. Die Folge davon war, daß es den kommunistischen Parteien unmöglich gemacht wurde, eine kontinuierliche Politik zu machen, die vor allem in der geduldigen Vorbereitung der Revolution in jedem einzelnen Lande, in der systematischen Erziehung und Mobilisierung der Klasse für diese Perspektive und für dieses Ziel besteht.

Die Führungen der kommunistischen Parteien sind in der Tat Werkzeuge der wechselnden Außenpolitik Moskaus geworden. Wenn diese im bürokratischen Interesse eine Wendung macht, ohne daß die Führungen der kommunistischen Parteien sie vorhersehen konnten, so ergibt das für die Klasse ein lächerliches und demoralisierendes Schauspiel. Die kommunistischen Parteien erscheinen wie Hampelmänner, die nicht selber denken und handeln können.

Ist das eine Art und Weise, die Treue zur UdSSR zum Ausdruck zu bringen, sie zu verteidigen?

Nur jene Partei steht treu zur UdSSR und verteidigt sie wirklich, die mit der Arbeiterklasse ihres Landes verbunden ist und fähig ist, diese auf dem Weg der Revolution zu mobilisieren.

Die kommunistischen Parteien werden nur dann die UdSSR wirklich wirksam und den wahrhaften Interessen der UdSSR und der Weltrevolution, nicht aber denen der bürokratischen Führung der UdSSR oder der anderen Arbeiterstaaten, nützen, wenn sie die Unabhängigkeit ihrer Politik und ihrer Kritik gegenüber der Politik der Regierungen wiederherstellen.

Der bürokratischen Unterordnung der kommunistischen Parteien unter den Kreml stellt die IV. Internationale das internationale Zusammenwirken im Innern einer wahrhaften kommunistischen Internationale entgegen.

Sie stellt die gleiche Auffassung allen jenen entgegen, die die bürokratische Entartung der III. Internationale und die Methoden der Einmischung des Kreml zum Vorwand nehmen, um nach rückwärts zu gehen, die gebieterische Notwendigkeit einer internationalen Kooperation revolutionärer Parteien im Innern einer demokratisch-zentralistischen kommunistischen Internationale verneinen und sich zu Kämpfern für den "nationalen Sozialismus" machen, der in jedem Land separat aufgebaut werden soll.

Das internationale revolutionäre Proletariat braucht mehr als bloße Beziehungen zwischen Regierungen und Staaten, mehr als Losungen und abgebrauchte Ideen aus dem diplomatischen Vokabular offizieller Kommuniqués. Es erwartet eine klare Sprache, eine Klassensprache, eine Erklärung auf Grundlage der Klassenanalyse, ein wahrhaftiges ideologisches Leben, erneuert durch die Traditionen des lebendigen Marxismus-Leninismus, um seinen Kampf gegen den Kapitalismus und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wirksam steigern zu können. Diese Sprache, diesen Anstoß kann allein die Wiederherstellung der proletarischen

Demokratie in den Parteien und ihr enges Zusammenwirken innerhalb einer wirklichen kommunistischen Internationale geben.

Revision aller Prozesse, Rehabilitierung aller Opfer Stalins!

Es lebe die proletarische Demokratie! Es lebe die Internationale der revolutionär-marxistischen Parteien!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

3. Juni 1955

Das internationale Sekretariat
der IV. Internationale